

## DEUTSCHLAND-POLITIK

### Keine Hektik, bitte

**Die Vorbereitungen für die Schmidt-Reise in die DDR gestalten sich schwierig.**

**B**undeskanzler Helmut Schmidt wurde energisch.

Vor seinem sommerlichen Rumpfkabinett verwarf er sich am vorigen Mittwoch dagegen, an die Verlegung seines für Ende August geplanten Treffens mit SED-Generalsekretär Erich Honecker vom Ostseebad Dierhagen an den Werbellinsee in der Nähe von Berlin Spekulationen über das Ergebnis seiner Reise zu knüpfen.

Der Regierungschef: „Was heißt hier Erwartungen in Verträge? Das ist nicht der Zweck der Reise.“



**Konferenzort Schloß Hubertusstock: Besser geschützt als Dierhagen**

Das Gespräch mit Honecker solle sich, dozierte der Kanzler, so normal gestalten, wie seine gelegentlichen Unterredungen mit „Herrn Gierek“, dem polnischen Parteichef, und dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing.

Schmidt: „Da kann auch mal was bei rauskommen.“ Dennoch sollten die Kollegen doch gefälligst „mehr Gelassenheit und mehr Behutsamkeit“ an den Tag legen: „Keine Hektik, bitte.“

Dem Kanzler schien diese Predigt geboten, weil von der Union die Wahl des Werbellinsees als Beleg für den Vorwurf herhalten mußte, Schmidt sei „zur lenkbaren Figur der Ost-Berliner Regieassistenten und des Moskauer Regisseurs“ (CSU-Landesgruppenchef Fritz Zimmermann) geworden.

Tatsächlich hatte Gastgeber Honecker den Ort der Begegnungen gar nicht geändert. Denn bis zum Anfang letzter Woche hatten die Bonner aus Ost-Berlin weder eine formelle Bestätigung des Konferenzortes noch des Termins oder gar der Themenliste.

Bei Sondierungen hatten Honeckers Unterhändler jedoch angedeutet, daß Dierhagen erste Wahl sei, vor dem Werbellinsee und einem Treffpunkt in der Umgebung von Leipzig. Deshalb verdichtete sich bei einigen Bonner Offiziellen die Mutmaßung zur Information.

Die Entscheidung für den Werbellinsee fiel dann in Ost-Berlin, kurz bevor Honecker am vorigen Montag zu KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew auf die Krim reiste, um für den deutsch-deutschen Gipfel letzte Weisungen einzuholen. Weiteres änderte sich nicht: Schmidts bereits im Dezem-

**OVERBECK:** Erstens, ich habe keinen Streit angezettelt. Zweitens versuche ich Ihnen schon die ganze Zeit zu erklären, worum es mir eigentlich geht, nämlich um die Gesundheit unseres Röhren-Unternehmens und damit verbunden die Sicherung der Arbeitsplätze.

**SPIEGEL:** IG-Metall-Chef Eugen Loderer hat am vergangenen Donnerstag Interesse bekundet, die Verhandlungen mit Ihnen fortzusetzen. Sind auch Sie dazu bereit?

**OVERBECK:** Unser Kompromißvorschlag liegt auf dem Tisch. Wenn Herr Loderer mich sprechen möchte, stehe ich zur Verfügung.

**SPIEGEL:** Kann Bundeskanzler Schmidt noch helfen?

**OVERBECK:** Der Bundeskanzler ist politisch ein zu kluger Mann, als daß ich mir meinen Kopf darüber zerbrechen sollte, was er politisch für richtig hält. Wenn er mich sprechen will, stehe ich zur Verfügung.

**SPIEGEL:** Der Kanzler hat Sie bereits zu Beginn des Mitbestimmungskrachs um eine kompromißbereite Haltung gebeten.

**OVERBECK:** Der Kanzler hat sich von Herrn Dr. Christians, unserem Aufsichtsratsvorsitzenden, und mir informieren lassen, warum wir die geschilderten Maßnahmen ergreifen müssen. Für die Notwendigkeit, die Röhrengesellschaft wieder gesund zu machen, hatte der Bundeskanzler volles Verständnis.

**SPIEGEL:** Wir haben den Hinweis, daß Ihr Kompromißvorschlag ursprünglich von CDU-Chef Helmut Kohl stammt.

**OVERBECK:** Nein, das stimmt nicht.

**SPIEGEL:** Der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner äußerte seine Hoffnung, daß Sie mit der IG Metall ohne Bonner Zutun doch noch ins reine kommen.

**OVERBECK:** Das wollten wir auch. Da das aber nicht möglich war, müssen wir unserem Aufsichtsrat am 15. September den Kompromißvorschlag zur Zustimmung vorlegen . . .

**SPIEGEL:** . . . die Sie nicht bekommen werden, weil die Arbeitnehmerbank dagegen stimmt und der alles entscheidende 21. Mann wohl nicht in Ihrem Sinne votieren wird.

**OVERBECK:** Dann wissen Sie mehr als ich. Ich hoffe immer noch, daß alle Aufsichtsratsmitglieder unserem Beschluß zustimmen — auch die Arbeitnehmervertreter in der Erkenntnis, daß sie als Aufsichtsratsmitglieder eine Verantwortung gegenüber dem Unternehmen haben.

**SPIEGEL:** Herr Overbeck, wir danken Ihnen für das Gespräch.

ber vergangenen Jahres übermittelter Wunsch, in der Marienkirche von Rostock Orgel zu spielen und in Güstrow die Ernst-Barlach-Gedenkstätte zu besuchen. Der im Westen geäußerte Verdacht, die SED wolle Schmidt unbedingt von jedem Kontakt mit der Bevölkerung abschirmen, ist demnach nicht zu halten.

Es blieb auch dabei, daß Schmidt Reiseroute und Verkehrsmittel frei bestimmen kann. Hatte er sich zuvor für die Autofahrt von Hamburg nach Dierhagen entschieden, so reist er nun auf der direkten Strecke im Sonderzug von Hamburg zum Bahnhof Löwenberg, unweit von Schloß Hubertusstock am Werbellinsee.

In keiner Phase der Vorverhandlungen, so betonen Bonner Insider, hatte

Ost-Berlin den Wunsch erkennen lassen, der Kanzler möge die DDR-Hauptstadt besuchen. Im Kabinett machte Schmidt klar, daß er sich daher nicht in Spekulationen über die Folgen eines Stopps in Berlin einlasse.

Damit entkräftete er den Verdacht der Opposition, durch einen Halt in Ost-Berlin die DDR-Hauptstadt aufzuwerten. Zudem wischte er den Vorschlag des West-Berliner Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe vom Tisch, der am gleichen Tag die — für die DDR provozierende — Anreise über West-Berlin gewünscht hatte.

Daß sich Honecker für die abgelegene Schorfheide und nicht für Dierhagen entschied, hängt auch mit dem Sicherheitsbedürfnis der SED zusammen. Sie nähmen, so bedeuteten die Ost-Unterhändler ihren erstaunten Gesprächspartnern, die Warnungen der westdeutschen Sicherheitsbehörden vor einem terroristischen Anschlag gegen den Kanzler sehr ernst. Der Kanzler sei am Werbellinsee besser zu schützen als in dem überfüllten Ostseebad.

Konnten sich Kanzleramtsminister Gunter Huonker und der Ständige Vertreter der DDR in Bonn, Ewald Moldt, am vorigen Montag und Mittwoch rasch über die protokollarischen Details des Besuchs verständigen, so bereitet die Abstimmung der Themenliste für Schloß Hubertusstock Kopfzerbrechen.

Zwar hatten beide Seiten auf informellen Kanälen zuvor schon Vorstellungen geäußert. Die offizielle Bestätigung aus Ost-Berlin jedoch war bis Anfang voriger Woche ausgeblieben.

Folge: Die an der Vorbereitung von Gesprächsunterlagen beteiligten Ressorts, vom Kanzleramt bis zum Außenressort, vom Innerdeutschen bis zum Wirtschaftsministerium, überboten sich entweder gegenseitig mit Vorschlägen oder blockten untereinander die Informationen ab. Pingelig listeten etwa Hans-Dietrich Genschers Diplomaten aus der Unterabteilung 21, zuständig für Ost-West-Beziehungen, auf, wie sehr die DDR im Vergleich zu anderen Ostblockstaaten mit menschlichen Erleichterungen im Verzuge sei.

Nunmehr sehen sich die Delegationen aus Deutschland West und Deutschland Ost in Zeitnot. Am vorigen Freitag, 14 Tage bevor sich der Kanzler vom Staatsratsvorsitzenden wieder verabschiedet, beratschlagten Huonker und Moldt erneut technische Fragen. Die vorgesehene erste Beratung des Kommuniké-Entwurfs wurde vertagt.

Die Vorbereitungen für den Besuch Schmidts beim sowjetischen Parteichef Breschnew im Juli hatten sich unkomplizierter gestaltet. Damals war der Entwurf für die gemeinsame Schlußklärung schon zwei Wochen vor der Reise nach Moskau fertig.

## Hinten runter

**In der Union wächst die Enttäuschung über den laschen Wahlkampf von Franz Josef Strauß.**

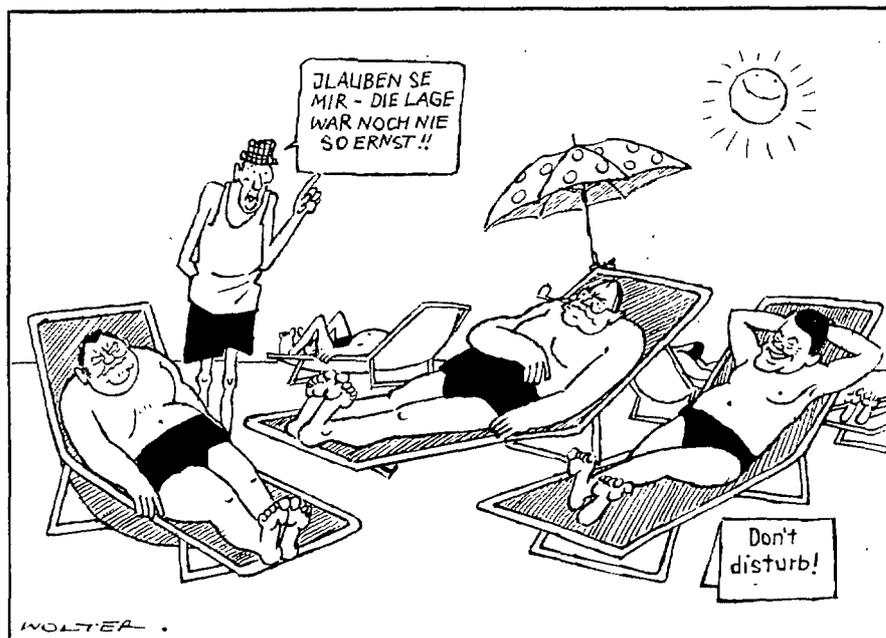
Zurück von einer Pressekonferenz, auf der er wieder einmal über die laxen Politik der Regierung in Sachen Sicherheit und Ordnung hergezogen hatte, fragte Alfred Dregger vorigen Mittwoch einen Mitarbeiter, wieviel Zeit denn noch verbleibe bis zur Bundestagswahl. Siebeneinhalb Wochen, war die Antwort. „Das darf doch nicht wahr sein“, entfuhr es dem CDU-Präsidiumsmitglied in seinem Bundeshausbüro, „wie sollen wir das denn schaffen?“

Dreggers Sorge ist berechtigt. Nach dem Niederschlag bei den Landtags-

Daß viele Anhänger von CDU und CSU Schmidt für den besseren Kanzler halten, hat die Wahlkämpfer der C-Parteien nachhaltig demoralisiert. Nach einer SPIEGEL-Umfrage sind es immerhin 14 Prozent (siehe Seite 32). Die Erkenntnisse der Demoskopien bestätigen die alten Vorbehalte der Strauß-Gegner Helmut Kohl und Ernst Albrecht. Und auch Strauß-Freunde wie Alfred Dregger und Rainer Barzel haben mittlerweile begriffen, daß sich die Union den falschen Kanzlerkandidaten hat aufdrängen lassen.

Die Abrechnung hat schon begonnen. „Es ist mir glattweg unverständlich“, moserte ein prominenter CSU-Abgeordneter über den CSU-Chef, „wie ein Mann mit 30jähriger Erfahrung in der Politik so viele und so schwere Fehler hat machen können.“

Was Freund und Feind in der Union am stärksten enttäuscht: Strauß, der sich aufschwang, Schmidt zu kippen,



Die Lage der Union

wahlen in Nordrhein-Westfalen ist die Union noch immer nicht auf die Beine gekommen. Schon gibt mancher Spitzenfunktionär mehr oder weniger offen das Votum am 5. Oktober verloren. Denn kurz vor Beginn der heißen Phase des Wahlkampfes besitzen die Unionsparteien kein überzeugendes Konzept, wie sich die übermächtige Figur des Bundeskanzlers Helmut Schmidt demontieren ließe.

Die Lage der Union erinnert an den Sommer 1978, als Strauß-Jünger Jürgen Todenhöfer seinem Bonner Fraktionschef Helmut Kohl öffentlich vorwarf, er glaube wohl, im Schlafwagen an die Macht kommen zu können.

Diesmal mault „Bild“: „Lambsdorff ist in China. Schmidt fährt zu Honecker. Und die Opposition liegt in der Sonne“ — der Kandidat in Südspanien.

weil nur er dies mit einer Politik der überzeugenden Alternativen und der knallharten Konfrontation könne, ist den großen Wurf schuldig geblieben. Dem Fußvolk der Union vermochte er nicht einmal die Linie des Wahlkampfes vorzugeben. Statt dessen kamen Widersprüche von oben.

Glaubte Schattenaußenminister Walter Leisler Kiep endlich dem großen Vorsitzenden nach dem Munde zu reden, als er die Bundesmarine im Ernstfall auch zum Kap der Guten Hoffnung schicken wollte (SPIEGEL 30/1980), gab das CSU-Hauptquartier prompt die Gegenparole aus: Eine Unionsregierung denke nicht daran, deutsche Kriegsschiffe außerhalb des Geltungsbereichs der Nato einzusetzen.

Und ebensowenig weiß die Basis, wo es beim Thema Staatsverschuldung